

Kleine Geschichte der Riehener Parteien

von Michael Raith

Der Weitere Gemeinderat wird 1974 fünfzig Jahre alt. Nicht viel älter sind die 'historischen' Riehener Parteien. Noch im Jahr 1900 wurde ausdrücklich festgehalten «politische Parteien bestehen in Riehen noch keine, weder eine freisinnige noch eine organisierte Arbeiterpartei». Der Akzent muss hier allerdings auf das Wort 'organisiert' gelegt werden. Parteiungen und Gruppierungen hat es in Riehen nämlich immer gegeben. Erstens können wir schon seit Jahrhunderten für unsere Gemeinde eine Grund- (Arme), Mittel- (Bauern und Handwerker) und Oberschicht (regimentsfähige Grossbauern) nachweisen. Zweitens blieb Riehen von allerlei Familienfehden und Quartierkämpfen (vor allem im 18. und 19. Jahrhundert: Auseinandersetzungen zwischen 'Oberdorf' und 'Dorf') nicht verschont. Und drittens hat es auch hier immer Heissporne, im Alter konservativ gewordene Revolutionäre (z. B. Agent, Gemeindepräsident, Grossrat und Rössliwirt Johannes Stump-Bertschmann 1746–1814) und Querulanten gegeben.

Der konservativ-freisinnige Gegensatz

Die Eidgenossenschaft des 19. Jahrhunderts war beherrscht vom konservativ-freisinnigen Gegensatz. Schöpften die Konservativen aus dem Bestehenden und Vergangenen ihre politische Kraft, orientieren sich die Freisinnigen mehr an den Vorbildern französischer Revolutionen von 1789 bis 1830. Bei der Kantonstrennung von 1833 und bei der Stellung Basels zum Sonderbundskrieg von 1847 zeigte sich die konservative Haltung des Stadtkantons. Im Detail kann hier darauf nicht eingegangen werden. Gerade die Trennungswirren hatten Basels Hang zum Beharren auf dem Althergebrachten bestärkt. Bis 1875 und wieder von 1878 bis 1881 wurde Basel-Stadt von einer konservativen Mehrheit beherrscht. Grundsätzlich waren diese Basler 'Reformiert'-Konservativen irgendwie mit den Katholisch-Konservativen verwandt. Allen Einigungsbestrebungen zum Trotz ist es aber in der Schweiz bis zum heutigen Tag nicht zu einer Fusion der konfessionell getrennten Konservativen gekommen. Die Namen der Basler Konservativen wechselten, seit 1902 nennen sie sich definitiv und etwas paradox 'Liberale Partei'.

Ihr Gegenpart, manchmal ebenfalls 'liberal', meist freisinnig, dann während Jahren 'radikal' und seit neuestem wieder freisinnig geheissen, verdankte seine Erfolge im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auch der Mitarbeit sogenannter 'Arbeitervereine' in den eigenen Reihen. Bis 1905 regierte der Freisinn in Basel beinahe unangefochten. Dann brachte das Proporzwahlssystem und die Verselbständigung der Arbeitervereine den Sieg der Sozialdemokratie: aus dem konservativ-freisinnigen wurde ein bürgerlich-sozialdemokratischer Gegensatz.

Riehener Parteikämpfe im 19. Jahrhundert

Politische Mandate waren im alten Riehen weit weniger beliebt als im modernen. Eigentliche Gemeindevahlkämpfe waren im 19. Jahrhundert selten. Kamen sie doch vor, so ging es kaum um politische Gegensätze. Aber auch in Riehen wurde politisiert und man traf grundsätzliche politische Entscheide. Ort der Diskussion waren aber nicht die Parteien, sondern die Vereine. Sie begannen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu entstehen. Die Idee des Vereins entstammt der Aufklärung. Eine weitläufige Verwandtschaft zwischen Verein und Freisinn war damit von Anfang an gegeben. Aber auch aufklärungs-

skeptisch sogenannte 'fromme' Kreise bedienten sich bald einmal eigener Vereine als Träger überkommener Glaubens- und Wertvorstellungen. Und die Arbeit der römisch-katholischen Gemeinde geschah in Riehen während Jahrzehnten in grossem Masse in kirchlichen Vereinen.

Von den Riehener Gemeindepräsidenten wissen wir etwa ab 1850, welche Anschauungen sie vertraten: Heinrich Unholz (1809–1874), Niklaus Löliger (1814–1899) und Johann Jakob Mory (1832–1916) waren fromm und konservativ, Hans Wenk (1825–1898, übrigens ein Vorfahr des gegenwärtigen Gemeinderates Andreas Wenk) war 'rechts'-freisinnig und Heinrich Weissenberger (1840–1908) 'links'-freisinnig. Deutlich wurden diese Haltungen in der Gemeindepolitik selten, in der kantonalen Politik (die meisten Gemeindepräsidenten waren Grossräte), waren sie schon eher und am ausgeprägtesten in der kirchlichen Politik zu erkennen.

Die heissen Pfarrwahlkämpfe zwischen «Positiven» oder «Orthodoxen» (=Konservativen) und «Freisinnigen» 1875, 1876 und 1887 tragen, obwohl die reformierte Kirche damals bereits eine gewisse Selbständigkeit gegenüber dem Staat besass, ausgesprochen politische Züge. (Was sich da vor einigen Tagen an 'Pfarrwahlkampf' in Riehen abgespielt hat, ist im Vergleich zu den Auseinandersetzungen zu Urgrossvaters Zeiten ausserordentlich harmlos). Und die Entstehung betont christlicher Vereine (CVJM 1875, Blaues Kreuz 1895, Vereinshaus 1913 – allerdings mit vielen weit älteren Vorgängern) ist teilweise aus der Reaktion über freisinnige Siege zu erklären.

Der Uebergang zur Moderne

Für den Kenner der heutigen politischen Situation wird das Gesagte reichlich fremd sein. Wie kam es von den geschilderten zu den heutigen Zuständen? Hauptursache ist die Zuwanderung. Die Alteingesessenen mussten ihr Denken den Neuzugezogenen gegenüber formulieren lernen. Und die Neuzugezogenen brachten entweder eigene Anschauungen bereits mit oder gewannen sie in Auseinandersetzung mit ihrer neuen Wohngemeinde. Hatten die Arbeiter bis anhin die Freisinnigen und die Katholiken die Konservativen unterstützt, so entstanden nach der Jahrhundertwende auch in Riehen selbständige Gruppierungen. 1904 trat der 'Arbeiter-Verein Riehen' – Vorläufer der heutigen Sozialdemokratischen Partei Riehen (SP) – ins Rampenlicht der Einwohnergemeindeversammlung und damit der Öffentlichkeit. Erst nach dem I. Weltkrieg nahm die SP ihren heutigen Namen an.

Im Jahre 1904 entstand der 'Katholische Männerverein Riehen'. Er ist über verschiedene Wege zum Ahn der heutigen Christlichdemokratischen Vereinigung (CVP) geworden. Wir haben also vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges in Riehen bereits vier Parteien: eine sozialdemokratische und eine katholische, daneben – noch ohne offizielle Form – eine freisinnige und eine liberale.

Durch das erwähnte neue Wahlgesetz von 1905 erhielten auch kleinere Gruppen erstmals eine faire Chance. Waren von 1875 an die Riehener Grossräte mehrheitlich freisinnig gewesen, so wurden 1905 bei damals drei zu vergebenden Sitzen zwei Liberale und erstmals ein Sozialdemokrat gewählt. Ihren Einzug im Gemeinderat hielten die Sozialdemokraten 1914 mit August Strub

(1848–1922), ursprünglich freisinniger, dann sozialdemokratischer Grossrat.

Sozialdemokratische Aktion und bürgerliche Reaktion

Es hat verschiedene Reaktionen auf das Entstehen der Sozialdemokratie gegeben. So entstand in der Stadt Basel eine Gruppierung, die sich später einmal «Bürgerliche Gewerbestadt» und zu Zeiten, als dieser Ton in Europa gern gehört wurde, sogar 'Nationale Volkspartei' nannte. 1957 ist diese Gruppierung durch eine Fusion mit der Liberalen Partei – die sich seither 'Liberaldemokratische Bürgerpartei' nennt – verschwunden.

Die Reaktion in Riehen führte zur Bildung von 'Dorflisten' bei Grossratswahlen, sie sind uns mit Sicherheit erstmals für das Jahr 1911 bezeugt. In diesen gemeinsamen Aktionen bürgerlicher Kreise kann man wahrscheinlich bereits einen Vorläufer der späteren 'Bürgerlichen Vereinigung Riehen' erblicken. Vorerst sorgte jedoch der I. Weltkrieg dafür, dass auch in Riehen wichtigere Themen, als die Parteien sie darstellten, zu behandeln waren.

Riehener Grossratsdeputation seit dem Wahlgesetz von 1911

Das für den Grossen Rat verbindlich und noch heute geltende Wahlgesetz stammt in seinen wesentlichen Zügen aus dem Jahre 1911: damals wurde die noch bestehende Wahlkreiseinteilung geschaffen.

Anzahl der Riehener Grossratssitze:

1911–1923: drei. 1923–1932: vier. 1932–1947: fünf. 1947–1953: sechs. 1953–1964 acht. 1964–1972: zehn. Seit 1972: elf.

Davon wurden von den Liberalen eingenommen: einer (1921–1947), zwei (1911–1921 und seit 1947); von den Freisinnigen: einer (1921–1932, 1935–1964 und seit 1972), zwei (1964–1972); von den Sozialdemokraten: einer (1911–1932 und 1947–1950), zwei (1932–1947 und 1950–1964 und wieder seit 1968), drei (1964–1968); von der Bürgerlichen Mittelstands- und Gewerbestadt (BMG) bzw. ihren Vorläufern: ein Sitz von 1923–1946 und 1947 bis heute (ohne Berücksichtigung der z. Zt. der Grossratswahlen von 1972 noch nicht erfolgten Fusion mit den Liberalen). Die Evangelische Volkspartei Riehen (EVP) hatte von 1932–1935 ein Mandat inne, die Vereinigung Evangelischer Wähler (VEW) von 1953 bis 1972 eines und seither zwei. Die CVP bzw. ihre Vorläufer konnte durch Nachrücken auf der Liste der Bürgerlichen Vereinigung 1946 einen Sitz erwerben, verlor ihn aber schon 1947 wieder. Im Jahre 1953 reichte es dann zum auch heute noch versehenen einen Mandat.

Die Partei der Arbeit (PdA) konnte 1947 einen Sitz erringen, verlor ihn aber bereits 1950. Seit 1972 sind die Progressiven Organisationen Basel (POB) in der Riehener Grossratsdeputation mit einem Sitz vertreten.

Die Bürgerliche Vereinigung Riehen 1923–1953

Wir finden heute in Bettingen noch manches, das Riehen früher auch hatte: eine Einwohnerversammlung (für den Weiteren Gemeinderat) und ein 'Bürgerliche Vereinigung' (als Dachorganisation nichtsozialistischer Parteien). Wie kam es in Riehen zu dieser Bürgerlichen Vereinigung?

Das politische Klima der Schweiz und Basels war nach dem 1. Weltkrieg und dem Generalstreik reichlich vergiftet. 1921 gründeten Altkommunisten und Sozialdemokraten, die der III. Internationalen beitreten wollten, die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS). 1920 verfügten die Sozialisten über 63 Sitze im Grossen Rat. Im Kampf um die parlamentarische Mehrheit entdeckte man nun den bis dahin vergessenen Wahlkreis Riehen, denn bei den knappen Sitzverhältnissen war jedes einzelne Mandat eines Kampfes wert. So kam es im Vorfeld der Grossratswahlen 1923 in Riehen zu diversen Parteigründungen: es entstehen auf diese Weise die 'Freisinnige Partei Riehen' (1923–1972); Radikale Partei bzw. Radikal-demokratische Vereinigung), die EVP (1945 in der VEW aufgegangen) und die 'Bauern- und Gewerbestadt Riehen' (BGP). Die Öffentlichkeit war von diesen Parteigründungen nicht nur beglückt. Schon damals wurden in der RZ Liebe und weniger liebe Leserbriefe publiziert: da gab es Leute, die überhaupt nichts von Parteien wissen wollten und solche, denen die 'bürgerliche Einheitsfront' ein Anliegen war. Wohl unter dem Eindruck dieser Diskussion gründete Carl Roth-Freiermuth (1875–1943), Grossrat und später Präsident des Weiteren Gemeinderates, die 'Bürgerliche Vereinigung': zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten die Liberalen, die Freisinnigen, die EVP und die heutige CVP, sowie die BGP. Auch Parteilose gehörten zur 'BV' (=Bürgerliche Vereinigung). Andere politische Gruppen kamen später dazu.

Von der Bauern- und Gewerbestadt zur Bürgerlichen Mittelstandspartei

Die Riehener Parteiengeschichte ist, vor allem was die Namen anbetrifft, auch für den Kenner etwas verworren. Die BGP war ein Kind des 1877 gegründeten Landwirtschaftlichen Vereins Riehen. Ihr bedeutendster Vertreter war während langer Zeit Hans Fischer-Schultheiss 1889–1967), Grossrat und Mitglied des Weiteren Gemeinderates. Bekannter Repräsentant der BGP war auch Fischers Cousin, der Gemeinde- und Grossrat Jakob Sulzer-Schultheiss (1880–1960).

Erstmals 1936 und wieder 1945 setzte eine nicht organisierte 'Dorfgruppe' gegen den Willen der 'Bürgerlichen Vereinigung' ihren Kandidaten bei einer Gemeinderatsersatzwahl bzw. bei einer Gemeindepräsidentenwahl durch. Die Kandidaten der BV waren beide Male «nur» Zugezogene gewesen. Der Sieger der beiden hier genannten Wahlen war der Liberale Wolfgang Wenk (1906–1972). Der Aegerer in der BV war beide Male gross. Vor allem warf man der Dorfgruppe vor, dass sich im Sommer 1948 die Dorfgruppe als 'Dorfpartei Riehen' mit einem Vorstand und 74 Mitgliedern konstituierte. Auch die Dorfpartei wurde Mitglied der BV.

Die BGP hatte inzwischen ihren Namen angepasst: sie hiess nun 'Bauern-, Bürger- und Gewerbestadt Riehen'. Am 3. Juli 1951 fusionierte BGP und Dorfpartei zur 'Bürgerlichen Dorfpartei Riehen'. Diese wiederum benannte sich 1965 in 'Bürgerliche Mittelstands- und Gewerbestadt Riehen' (BMG) um und schloss sich der Schweizerischen 'Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei' (BGB) – heute 'Schweizerische Volkspartei' (SVP) geheissen – an. Innerhalb des Kantons

Basel-Stadt wurde mit der Bürger- und Gewerdepartei Basel zusammengearbeitet. Als diese 1957 bekanntlich mit den Liberalen fusionierte, stand sie auf eigenen Füßen. Anlässlich der Grossratswahlen 1968 versuchte die BMG von Riehen aus eine Come-back im Kleinbasel, was misslang.

Erst 1972 kam es auch in Riehen zur Fusion der BMG mit den Liberalen. Frühere Versuche gemeinsamer Listen hatten zu «Streichkonzerten» geführt: so wurden 1962 auf dem gemeinsamen Wahlvorschlag von Liberalen und BMG sechs Vertreter der BMG, aber nur vier der Liberalen gewählt. Als 1966 Liberale und BMG erstmals allein marschierten, gab es sieben Sitze für die Liberalen und nur drei für die BMG.

Entwicklung zur Linken

Die KPS war von 1924 bis 1940 und die PdA von 1945 bis 1958 im Weiteren Gemeinderat vertreten. Bedeutendster KPS-Exponent war der Gewerbeinspektor und Astronom Dr. Walter Strub-Saxer (1882–1938), ein Sohn des erwähnten August Strub. Listenverbindungen zwischen SP und KPS/PdA kamen bis 1945 immer wieder zustande. Die Behandlung der sozialdemokratischen Parteien der osteuropäischen Staaten durch die stalinistische Sowjetunion der zweiten Nachkriegszeit zwang die Basler SP zur Ueberprüfung ihres Handelns. Der sozialistisch-bürgerliche Gegensatz verschwand zwar auch in den Jahren nach 1950 nicht aus der Riehener Gemeindepolitik, er wurde aber nicht mehr so heftig wie in der Zwischenkriegszeit ausgetragen. Bedeutende Riehener Sozialdemokraten waren damals Albert Abt sen. (1881–1971), Jakob Jutzler (1887–1968), Bürgerrat Emil Schmid-Siegenthaler (1878–1952), Arnold Hof (1887–1963), Heilmann Schaad (1878–1964) und Ständerat Eugen Wullschleger (1862–1931). Auch Dr. Karl Senn, der 1935 als Dreissigjähriger beinahe sozialdemokratischer Gemeindepräsident geworden wäre, und der Gemeinde als Statthalter des Weiteren Gemeinderates, als Gemeinde-, Bürger- und Grossrat diente, ist hier festzuhalten.

Der Ungarnaufstand und inaktive Vertreter im Weiteren Gemeinderat hatten 1958 zu einem Aussteigen der PdA aus der Gemeindepolitik geführt. Sie kandidierte allerdings bei Grossratswahlen weiterhin im Wahlkreis Riehen, wenn auch mit meistens nicht in Riehen wohnenden Leuten und ohne Erfolg.

Evangelische Volkspartei, Evangelische Wählervereinigung und VEW

Auch bei der VEW und ihren Vorläufern waren Namensänderungen beliebt: 1923 bis 1945 EVP, 1945 bis 1949 Evangelische Wählervereinigung und seit 1949 Vereinigung Evangelischer Wähler. Zur EVP hatten der genannte Carl Roth und der Vereinshausmann «Grässerli Jokeb» (= Jakob Schmid-Eckenstein 1870–1946) gehört. Sie schlief in den Jahren des 2. Weltkrieges ein und wurde von Albert Schudel (* 1910) etwas mühsam über Wasser gehalten. Seine Aktivität führte zur Gründung der Wählervereinigung 1945. Die Empörung über gewisse Machenschaften im Zusammenhang mit der Gemeindepräsidentenwahl 1945 trugen mit zum Erfolg der VEW bei. Ein Teil der liberalen Partei kam da-

mals aus Protest gegenüber dem Verhalten von Wolfgang Wenk zur VEW, darunter waren Otto Schäublin (* 1913) und Ernst Lais (1896–1967). Heute ist die VEW als einzige 'Riehener Partei', d. h. de iure und de facto von der Stadt unabhängige Gruppe, noch übrig geblieben.

Die Katholiken

Der schon genannte Katholische Männerverein beteiligte sich 1916 erstmals und erfolglos an den Grossratswahlen. 1926 wurde aus dem Männerverein der 'Katholische Volksverein' und mit ihm auch die 'Katholische Volkspartei'. Aber schon 1924 waren die Katholiken in der Bürgerlichen Vereinigung mit dabei. Sie wurden von den nichtkatholischen Wählern allerdings stiefmütterlich behandelt und konnten bis 1951 höchstens zwei Vertreter in das Gemeindeparlament entsenden. Schon 1918 war zwar mit Eduard Felder (1879–1955) ein Katholik in den Gemeinderat gewählt worden, er gehörte aber nicht zur Katholischen Partei. Erst 1945 gelang es, im Gemeinderat Einsitz zu nehmen. Die Katholiken und die VEW verliessen im Hinblick auf die Gemeindewahlen 1951 als erste die Bürgerliche Vereinigung. Als «Strafe» wurde damals der katholische Vertreter nicht mehr in seinem Amte bestätigt. Nach wiederholten unglücklichen Anläufen gelang es erst 1966 Grossrat Ernst Feigenwinter (* 1916) wieder Einsitz in der Riehener Regierung zu nehmen. Er wird dieses Mal nicht wieder zur Wahl stehen. Ob sein Sitz lediglich ihm persönlich oder doch auch seiner Partei zugefallen ist, werden die vor uns liegenden Wahlen zeigen. Als sein Nachfolger kandidiert das zur Zeit jüngste Mitglied des Weiteren Gemeinderates, Dr. Rolf Soiron (* 1945), Präsident der Riehener CVP und der Gemeindeautonomiekommission, sowie Mitglied der Spitalkommission. Aus der 'Katholischen und Christlichsozialen Volkspartei' des Jahres 1962 ist zehn Jahre später die 'Christlich-demokratische Volkspartei' bzw. 'Vereinigung' (CVP) geworden.

Der Landesring der Unabhängigen

Im Jahre 1936 zog Gottlieb Duttweiler mit seinen Getreuen im Nationalrat ein. 1938 gewann der Landesring der Unabhängigen auf Anhieb fünf Mandate im Grossen Rat. Bei der nächsten Grossratswahl 1941 wurden daraus sogar 21. 1944 waren es allerdings nur noch neun: das auf und ab des Landesrings in der Basler Politik hatte begonnen. In Riehen beteiligte sich der Landesring erstmals 1940 an den Gemeindewahlen, auch er auf der Liste der Bürgerlichen Vereinigung, gewählt wurde Dr. Rudolf von Capeller (1896–1959), der sich später allerdings zur BGP und dann zu den Liberalen zählte. Der in Riehen äusserst populäre Hans Renk (1903–1969) wurde als Landesringvertreter 1951 in den Gemeinderat gewählt. Doch schon 1954 war auch er nicht mehr Kandidat des Landesring: als 'bürgerlicher Parteiloser' wurde er fortan wieder gewählt. Die Grossratswahlen 1953 boten dem Landesring Grund, aus der Bürgerlichen Vereinigung auszuscheren. Es reichte zwar erst 1968 zu einem Grossratssitz, doch ist der Landesring seit 1958 – er nahm damals zum ersten Mal selbständig an den Gemeindewahlen teil – im Weiteren Ge-

meinderat vertreten. Seit dann ist der gegenwärtige Statthalter des Weiteren Gemeinderates, Dr. Fritz Bachmann (* 1924) mit dabei.

Freisinnige und Liberale

Von 1906 bis 1935 und 1945 bis 1970 stellten die Liberalen, von 1935 bis 1945 die Freisinnigen den Gemeindepräsidenten. Auch abgesehen von dieser Tatsache konnten diese beiden Gruppen lange Zeit als tonangebend betrachtet werden. Bekannte liberale Vertreter waren etwa Felix Beerli (1885–1962), der von 1924 bis 1958 dem Rat ununterbrochen angehörte, Oskar Bertschmann-Weissenberger (1875–1962) und der Bruder des seinerzeitigen Gemeindepräsidenten, Jonathan Wenk (1869–1927). Zu den Freisinnigen zählten sich beispielsweise Eugen Seiler (1868–1950), später Gemeindepräsident, und Dr. Hans Stump (1885–1932), seinerzeit ein Freund der Eingemeindung. Auch der verdiente Riehener Lokalchronist Werner Schär (1902–1971) gehörte vorübergehend (1932–1940) als Radikaler dem Weiteren Gemeinderat an. Hier zu nennen sind auch Adolf Vögelin-Donzé (1893–1961) und Dr. Georges Ott (* 1893). Offiziell wurde die Liberale Partei Riehen erst relativ spät, nämlich 1925, gegründet.

Einige Umstellungen

Die Legislative der Gemeinde Riehen war von 1798 bis 1924 die Gemeindeversammlung (seit 1876 im Gegensatz zur Bürgerversammlung Einwohnerversammlung geheissen). An ihre Stelle trat vor 50 Jahren der Weitere Gemeinderat. Er zählte bis 1951 dreissig und seither vierzig Mitglieder. Die Regierung, der Gemeinderat (fälschlicherweise oft 'Engerer' Gemeinderat genannt), kannte von 1803 bis 1951 fünf Magistraten, seit 1951 sind es sieben. Die Gemeindebehörden wurden bis 1954 alle drei Jahre gewählt. Für die Riehener Behörden gilt seit 1954 und für die kantonalen seit 1958 eine vierjährige Amtsdauer (mit Ausnahme der Judikative).

Die Bürgerliche Vereinigung wurde nach dem Aussteigen von VEW und Katholiken 1951 und dem der Freisinnigen und des Landesrings 1953 aufgelöst. Die verschiedenen Gruppen, VEW und Landesring ausgenommen, fanden sich aber weiterhin zu Listenverbindungen. Bis 1962 kandidierten Liberale und BMG auf einer gemeinsamen Liste mit dem Namen 'Dorfliste'. Erst 1966

marschierten diese beiden Gruppen getrennt. Einige gegenseitige Wahlempfehlungen blieben aber. Und 1972 kam es zur bereits erwähnten Fusion.

Nachdem die Bürgergemeinde Riehen als erste der Schweiz 1958 das Frauenwahl- und Stimmrecht eingeführt hatte, folgten Einwohnergemeinde und Kanton im Jahre 1966 und die Eidgenössenschaft 1971. Bis 1962 fanden die Gemeindevahlen im September statt (noch heute in Bettingen). 1966 wurden sie in den Monat März verlegt.

Neue Gruppen

Auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene ins Leben gerufene Gruppen haben sich in der neuen Vergangenheit auch in Riehen bemerkbar gemacht. Es sind dies die neomarxistischen Progressiven Organisationen Basel (POB), ein Kind der studentischen Unrast der späten 60er Jahre. Seit rund 1970 beteiligen sich die aus der PSB (= Progressive Studentenschaft Basel, jetzt POCH-Unigruppe) hervorgegangene POB an verschiedenen Wahlen und Abstimmungen. In Riehen haben sie durch ihren Einsitz in der Grossratsdeputation der Gemeinde (1972) und durch ein erfolgreiches Gemeindereferendum (1973/4) von sich reden gemacht. Mit den POB ist auch die PdA wieder in der Riehener Politik angetreten, zum Teil mit denselben Leuten, die schon vor zwanzig und mehr Jahren dabei waren.

Neu ist auch die 'Nationale Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat'. So kurz ihre Geschichte zwar ist – 1967 zog James Schwarzenbach (damals noch) für sie in den Nationalrat ein – so kompliziert ist sie durch Spaltungen (Republikaner), Hinauswürfe (Thüring), Schlägereien (Weber contra Oehen), Entzug der parlamentarischen Immunität wegen Beleidigung (Lauper) und anderem geworden. Nun, die Riehener Kandidaten der NA haben mit diesen Dingen wohl nichts zu tun gehabt. Aber der Chronist darf diese Vorkommnisse ebensowenig verschweigen, wie die Tatsache, dass drei der Bewerber der NA für den Weiteren Gemeinderat diesem schon als Mitglieder anderer politischer Gruppen angehört haben. Ob es eine Empfehlung ist, wenn bestandene Politiker aufs Alter hin ihre Meinung wechseln, sei dem Urteil des geneigten Wählers überlassen.